

Vereinbarung

zwischen

1. der Stadt Herne, vertreten durch den Oberbürgermeister,
Friedrich-Ebert-Platz 2, 44623 Herne,

- nachfolgend Aufgabenträger genannt -

und

2.

- nachfolgend Auftragnehmer genannt -

über

**die Bereitstellung von Notärztinnen und Notärzten
für den kommunalen Rettungsdienst des Aufgabenträgers**

Präambel

Die Kreise und kreisfreien Städte sind als Träger des Rettungsdienstes nach dem Rettungsgesetz Nordrhein-Westfalen (RettG) verpflichtet, die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung einschließlich der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst und des Krankentransports sicherzustellen. Beide Aufgabengebiete bilden eine medizinisch-organisatorische Einheit der Gesundheitsvorsorge und der Gefahrenabwehr (hoheitliche Aufgabe). Die Träger des Rettungsdienstes arbeiten zur Aufnahme von Notfallpatientinnen und Notfallpatienten mit den Krankenhäusern zusammen.

Die Krankenhäuser sind entsprechend ihrer Aufgabenstellung nach dem Krankenhausgesetz Nordrhein-Westfalen (KHG NRW) zur Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienst verpflichtet.

Zur Erfüllung dieses gesetzlichen Auftrages schließen der Aufgabenträger und der Auftragnehmer folgende Vereinbarung.

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Der Auftragnehmer stellt dem Aufgabenträger zur Besetzung der Notarzt-Einsatzfahrzeuge (NEF) Notärztinnen/Notärzte (NA) zur Verfügung. Der Notarzdienst beinhaltet die Notarztstätigkeit vor Ort sowie Maßnahmen zum Erhalt / zur Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft, insbesondere zwingend erforderliche Fahrten des NEF zu Feuer- und Rettungswachen oder Werkstätten.
- (2) Umfang und Organisation der Notarzt-Gestellung / Gestellung „Oberärztin/Oberarzt Rettungsdienst“ sowie die Vergütung durch den Aufgabenträger ergeben sich im Einzelnen aus dem Inhalt des Leistungsverzeichnisses, das dieser Vereinbarung als Anlage 2 beigelegt ist, sowie Anlage 6 „Zertifizierung im Notarzdienst“.

§ 2 Vereinbarungsbestandteile

- (1) Bestandteile dieser Vereinbarung und maßgebend für den Leistungsumfang des Auftragnehmers sind
 - die Bestimmungen dieser Vereinbarung,
 - die Leistungsbeschreibung des Ausschreibungsverfahrens, die diesem Vertrag als Anlage 2 nochmals beigelegt ist,
 - Anlage 6 „Zertifizierung im Notarzdienst“
 - die Vergabeunterlagen des Aufgabenträgers zum Vergabeverfahren,
 - das Angebot des Auftragnehmers zum Ausschreibungsverfahren mit den im Ausschreibungsverfahren vorgegebenen Angebotsunterlagen,
 - die weiteren Anlagen dieses Vertrages, deren Reihenfolge sich aus der Nummerierung ergibt.

Im Übrigen finden auf diesen Vertrag Anwendung:

- die Vertragsbedingungen der Stadt Herne EU

- die Besonderen Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung der Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW,
 - die Besonderen Vertragsbedingungen zum MiLoG,
 - die Zusätzlichen Vertragsbedingungen des Landes NRW (ZVB-NRW),
 - die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung gültigen Fassung,
 - die Regelungen des BGB.
- (2) Im Fall von Widersprüchen zwischen den in Absatz 1 genannten Bestimmungen wird klargestellt, dass die vorgenannte Reihenfolge der Rangfolge der Bestimmungen entspricht. Ein Widerspruch liegt nicht vor, wenn und soweit eine höherrangige Bestimmung lediglich allgemeine Vorgaben für die zu erbringende Leistung enthält, die durch die nachrangige Regelung konkretisiert werden.
- (3) Allgemeine Vertrags- und Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung auf diese Vereinbarung.

§ 3 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer überwacht die gesetzlichen und tarifvertraglichen Vorgaben zur Arbeitszeit der NA und gewährleistet deren Einhaltung. Verstößt der Auftragnehmer gegen die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG), insbesondere gegen die Vorgaben des §7 Abs. 2a ArbZG, führt er die rettungsdienstlichen Leistungen nicht so aus wie vertraglich vereinbart. Die vertragswidrige und nicht rechtskonforme Ausführung der Leistung bewirkt, dass der Auftragnehmer als unzuverlässig erachtet wird.
Ein erstmaliges bzw. zweimaliges Nicht-Erfüllen dieses Kriteriums wird mit einer Vertragsstrafe von 1000 € pro Verstoß geahndet.
Der Auftraggeber ist beim dritten Verstoß berechtigt, den Vertrag zu kündigen.
- (2) Der Auftragnehmer trägt organisatorisch dafür Sorge, dass der/die diensthabende NA jederzeit einsatzbereit ist und nach einer Alarmierung unverzüglich ausrücken kann. Das Einsatzfahrzeug ist schnellstmöglich zu besetzen; die max. Ausrückzeit soll tagsüber 60 Sekunden und nachts - während der Ruhezeit - 90 Sekunden nicht übersteigen.
- (3) Bei krankheits-/verletzungsbedingtem oder sonstig begründetem Ausfall der diensthabenden Notärztin / des diensthabenden Notarztes stellt der Auftragnehmer unverzüglich geeigneten Ersatz (spätestens innerhalb von 60 Minuten). Ein Nicht-Erfüllen dieses Kriteriums wird mit einer Vertragsstrafe von 500 € pro angefangene 15 Minuten (ab der 61. Minute) geahndet (maximal 2500 € pro 12 Stunden NA-Dienst).
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Träger des Rettungsdienstes über die Gesamt-Laufzeit des Vertrags mindestens vier geeignete **Leitende Notärztinnen / Notärzte, (LNA)** für die Mitarbeit in der Leitenden Notarzt-Gruppe der Stadt Herne zur Verfügung zu stellen.
Im Alarmierungsfall als LNA muss dieser unverzüglich von seiner Regeltätigkeit freigestellt werden.
Als Orientierungsgröße sind von jedem LNA pro Tertial ein bis zwei einwöchige Rufdienstbereitschaften zu leisten.

Der entsprechende LNA-Dienstplan wird vom Träger des Rettungsdienstes erstellt. Die Vergütung des LNA ist nicht Bestandteil des Gesamtpreises für den Notarzt-dienst. Näheres (LNA-Vergütung, LNA-Dienstordnung) regelt eine gesonderte Ver-einbarung zwischen dem Träger des Rettungsdienstes und dem einzelnen LNA.

- (5) Vom Auftragnehmer sind geeignete Fahrzeugstellplätze, die die Anforderungen des Leistungsverzeichnisses erfüllen, zur Verfügung zu stellen.
- (6) Der Auftragnehmer ist zur Bereitstellung von geeigneten Aufenthalts- und Ruhe-räume für NA sowie NEF-Assistenten/in nach Maßgabe des Leistungsverzeichnisses verpflichtet.
- (7) Die Möglichkeit zur Teilnahme an Gemeinschaftsverpflegung (morgens, mit-tags, abends) ist vom Auftragnehmer zu gewährleisten.
- (8) Die Erfüllung der Anforderungen an Aufenthalts- und Ruheräume, Standort und Beschaffenheit der Einsatzfahrzeugstellfläche sowie die Teilnahme an Gemein-schaftsverpflegung ist spätestens vier Wochen vor Vertragsbeginn schriftlich gegen-über dem Träger des Rettungsdienstes nachzuweisen.
- (9) Schwangere Ärztinnen dürfen aus Gründen des Arbeitsschutzes nicht im Notarzt-dienst eingesetzt werden.

§ 4 Qualifikation der NA und des oberärztlichen Rettungsdienstes, Schulungen, Zertifizierungen

- (1) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die dem Aufgabenträger zur Verfügung ge-stellten Notärztinnen / Notärzte (NA) sowie der Oberarzt / die Oberärztin Ret-tungsdienst jederzeit sämtliche Voraussetzungen nach Leistungsverzeichnis erfül-len.
- (2) NA und Oberärzte Rettungsdienst müssen vor ihrem ersten Einsatz im Rettungs-dienst der Stadt Herne an einem Einführungsseminar nach Vorgabe des Aufga-benträgers erfolgreich teilnehmen.
Einführungsseminare (jeweils bestehend aus 2 Abenden / 2 mal 4 Unterrichtsein-heiten à 45 Minuten) finden in etwa 6-monatigen Abständen statt.
Die Terminfestsetzung erfolgt durch den Aufgabenträger i.d.R. im Voraus für das gesamte Kalenderjahr.
- (4) Notärztinnen / Notärzte müssen vor ihrem ersten Einsatz im Rettungsdienst der Stadt Herne eine Zertifizierung nach Vorgabe des Aufgabenträgers erfolgreich abschließen. Näheres regeln das Leistungsverzeichnis und die Anlage 3 „Zertifi-zierung im Notarztdienst“, welche gemäß § 2 Bestandteile dieser Vereinbarung sind.
- (5) Stellt der Aufgabenträger fest, dass die/der eingesetzte NA nicht bzw. nicht mehr den Anforderungen der Absätze 1 - 4 entspricht oder aus anderem Grund für den Notarztdienst nicht geeignet ist, kann er die weitere Bereitstellung dieses / dieser NA für den Rettungsdienst ablehnen und vom Auftragnehmer die unverzügliche Gestellung (innerhalb 60 Minuten) eines geeigneten Ersatzes verlangen.
Ein Nicht-Erfüllen des Kriteriums „unverzügliche Ersatzgestellung“ wird mit einer Vertragsstrafe von 500 € pro angefangene 15 Minuten (ab der 61. Minute) geahn-det (maximal 2500 € pro 12-Stunden NA-Dienst).

- (6) Vom Aufgabenträger ausgeschlossene Ärzte dürfen nicht im Notarztdienst der Stadt Herne eingesetzt werden. Sollte der Auftragnehmer einen ausgeschlossenen NA im Notarztdienst der Stadt Herne einsetzen, wird dieses mit einer Vertragsstrafe von 2500 € pro Verstoß geahndet. Zudem ist der Aufgabenträger berechtigt, diese Vereinbarung zu kündigen.
- (7) Der Aufgabenträger kann die Beseitigung der in der Person des NA liegenden Mängel (z. B. Nachschulung, Hospitationen, Sprachschulung) verlangen. Die Entscheidung wird vom Aufgabenträger nach pflichtgemäßem Ermessen getroffen. Im Falle einer Ablehnung begründet der Aufgabenträger seine Entscheidung schriftlich gegenüber dem Auftragnehmer. Der Auftragnehmer hat in der Folge entsprechende detaillierte Nachweise zu erbringen, bevor der NA vom Träger wieder zum Notarztdienst zugelassen werden kann und / oder an einer erneuten Zertifizierung teilnehmen darf.
- (8) Ergeben sich ernstliche Zweifel des Aufgabenträger an der persönlichen Eignung des NA, kann der Auftraggeber jederzeit eine erneute Zertifizierung anordnen, welche vor einer Fortsetzung der notärztlichen Tätigkeit erfolgreich abgeschlossen werden muss.

§ 5 Vergütung

- (1) Die Vergütung für die Leistungen wird vom Aufgabenträger monatlich im Nachhinein an den Auftragnehmer angewiesen. Grundlage für die Bemessung ist die Preispauschale des jeweiligen 12-Monats-Zeitraumes.
Anfallende Überstunden im Notarztdienst sind minutengenau zum Ende eines jeden Vertragslaufjahres schriftlich beim Aufgabenträger anzuzeigen. Diese werden dem Auftragnehmer vom Aufgabenträger zusätzlich vergütet (Umrechnung der Jahreskostensumme in Minuten-Kosten).

Die Vergütung der LNA-Tätigkeit ist nicht Bestandteil dieser Vereinbarung.

- (2) Die NA erhalten vom Aufgabenträger für ihren Einsatz keine Vergütung. Ihnen ist es untersagt, die Notfallbehandlung bei den behandelten Notfallpatienten oder ihren Krankenversicherungen zu liquidieren.
- (3) Die Ausstellung von Todesbescheinigungen darf von den Notärztinnen / Notärzten gesondert privatrechtlich liquidiert werden. Entsprechende Vorgaben des Trägers sind zu beachten.

§ 6 Stellung der NA, Dienstaufsicht

- (1) Die NA haben sich im Dienst sachgerecht und freundlich zu verhalten; fachliche und soziale Kompetenz gegenüber Patienten und deren Angehörigen sowie gegenüber den Mitarbeitern von Feuerwehr, Hilfsorganisationen, anderen Behörden, Krankenhäusern und Beteiligten wird erwartet. Auf ihre Verschwiegenheits- und Datenschutzpflicht wird ausdrücklich hingewiesen. Ein Nicht-Erfüllen der Anforderungen dieses Absatzes wird mit einer Vertragsstrafe von 500 € pro Verstoß geahndet.
- (2) Dienstvorgesetzter der NA ist der Aufgabenträger.

- (3) Fachvorgesetzter der NA ist die Ärztlichen Leitung Rettungsdienst (ÄLRD) des Aufgabenträgers. Der NA unterliegt im Rahmen der notärztlichen Versorgung den medizinischen und organisatorischen Weisungen der ÄLRD und des Aufgabenträgers.
- (4) Einsatzaufträge werden ausschließlich durch die Leitstelle der Feuerwehr Herne erteilt. Der NA kann durch die Leitstelle der Feuerwehr Herne zur Durchführung von Leichenschauen herangezogen werden.
- (5) Das Qualitätsmanagement-Handbuch und der Hygiene-Ordner für den Rettungsdienst der Stadt Herne in der jeweils aktuellen Fassung sind Bestandteile dieser Vereinbarung. Sie stehen in gedruckter oder elektronischer, ständig aktualisierter Form (Änderungsdienst durch den Aufgabenträger) an jedem Notarzt-Standort zur Verfügung und sind bindend für NA im Rettungsdienst der Stadt Herne.
- (6) Bei Rückfragen zu Einsätzen und / oder Beschwerden über einen NA ist dieser dem Träger innerhalb von 7 Tagen berichtspflichtig. Ein Nicht-Erfüllen wird mit einer Vertragsstrafe von 500 € pro Verstoß geahndet.
- (7) Der Aufgabenträger und die ÄLRD sind berechtigt, im Falle von Anhaltspunkten für eine Pflichtverletzung durch einen NA im Zuge der Leistungserbringung Ermittlungen aufzunehmen und den Sachverhalt aufzuklären. Dieses Recht umfasst u.a. das Recht zur Befragung aller an dem Einsatz beteiligten oder von diesem betroffenen Personen, insbesondere der beteiligten Rettungsdienstkräfte sowie der ärztlichen und nicht-ärztlichen Mitarbeitenden des Krankenhauses, in das der Patient eingeliefert wurde.
Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Aufgabenträger bei der Aufklärung des Sachverhalts uneingeschränkt zu unterstützen.
- (8) Im Einzelfall finden Einsatzvor- und -nachbesprechungen statt, an denen die betroffenen NA auf Aufforderung teilnehmen müssen. Ein Nicht-Erfüllen dieses Kriteriums wird mit einer Vertragsstrafe von 500 € pro Verstoß geahndet.

§ 7 Haftung, Versicherungen

- (1) Der Aufgabenträger haftet grundsätzlich für die von den NA verursachten Schäden im Außenverhältnis nach den Grundsätzen der Amtshaftung gemäß § 839 Abs. 1 BGB in Verbindung mit Artikel 34 GG. Im Innenverhältnis kann der Aufgabenträger die NA bei grob fahrlässigem oder vorsätzlichem Verhalten in Regress nehmen. Hierauf weist der Auftragnehmer die NA hin.
- (2) Ist eine Verletzung der dem Auftragnehmer nach dieser Vereinbarung obliegenden Pflichten ursächlich für den Schaden, haftet dieser unabhängig vom Grad des Verschuldens neben dem NA.

§ 8 Haftpflichtversicherung, weitere Versicherungen

- (1) Zur Sicherung etwaiger Regressansprüche des Aufgabenträgers gegen die vom Auftragnehmer eingesetzten NA nach § 7 Abs. 1 hat der Auftragnehmer für die gesamte Vertragslaufzeit eine Haftpflichtversicherung in ausreichender Deckungssumme zu unterhalten. Folgende Mindest-Deckungssummen je Schadensereignis müssen gewährleistet sein:

| | |
|---------------------|------------------|
| - Personenschäden: | 5.000.000,00 EUR |
| - Sachschäden: | 3.000.000,00 EUR |
| - Vermögensschäden: | 200.000,00 EUR |

- (2) Diese Deckungssummen müssen in jedem Kalenderjahr mindestens zweifach zur Verfügung stehen.
- (3) Der Auftragnehmer hat dem Aufgabenträger binnen zwei Wochen nach Zuschlagserteilung einen Nachweis über den bestehenden Versicherungsschutz zur Verfügung zu stellen. Der Nachweis ist durch ein an den Aufgabenträger gerichtetes Bestätigungsschreiben seines Versicherers zu erbringen. Darüber hinaus muss der Auftragnehmer dem Aufgabenträger jährlich zu Beginn des Kalenderjahres unaufgefordert einen neuen Nachweis vorlegen.
- (4) Der Aufgabenträger ist unverzüglich zu informieren, wenn der Versicherungsschutz – gleich aus welchem Grund – nicht mehr oder nicht mehr in voller Höhe besteht.
- (5) Sollte der Auftragnehmer auch innerhalb einer gesetzten Nachfrist seiner Nachweispflicht nicht nachkommen, ist der Aufgabenträger berechtigt, die Vergütung bis zum Nachweis zurückzubehalten und/oder den Vertrag fristlos zu kündigen. Das Recht zur Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche bleibt unberührt.
- (6) Die NA sind während des Notarztdienstes über die Berufsgenossenschaft des Auftragnehmers gegen Unfall zu versichern.
- (7) Nimmt der NA Personen im Sinne des nachfolgenden § 9 Abs. 2 zu einem Einsatz mit, dann handeln die mitgenommenen Personen grundsätzlich nicht im Auftrag des Aufgabenträgers. Sie unterliegen nicht der Amtshaftung und werden (mit Ausnahme der KFZ-Insassenversicherung im Sinne des Absatzes 8) nicht durch den Aufgabenträger versichert. Daher hat der Auftragnehmer für diese Personen entsprechende Versicherungen abzuschließen.
- (8) Sämtliche Insassen des Notarzt-Einsatzfahrzeugs sind während der Fahrten durch den Aufgabenträger insassenunfallversichert.
- (9) Ebenfalls durch den Aufgabenträger versichert werden die NA gegen Tod (Versicherungssumme 800.000,00 €) und Invalidität (Versicherungssumme 1,3 Mio. €).

§ 9 Einsatzdienst

- (1) Die ÄLRD kann jederzeit die NA im Notarztdienst begleiten.
- (2) Die eingesetzten NA dürfen Ärzt*innen, Medizin-Student*innen und Pflege-Fachpersonal des Auftragnehmers zu Ausbildungszwecken / aus dienstlichen Gründen in Fahrzeugen des Aufgabenträgers mitnehmen (maximal eine weitere Person). Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dieser Person geeignete Sicherheitsausrüstung nach §12 (1) zur Verfügung zu stellen sowie deren erforderlichen Versicherungsschutz (z.B. Haftpflicht, Unfallversicherungsschutz) zu prüfen. Eine vorherige schriftliche Anmeldung dieser Person beim Aufgabenträger ist erforderlich.

Aus wichtigen Gründen (z. B. unzureichende persönliche Sicherheitsausrüstung, fehlende Sitzplätze, Auszubildende des rettungsdienstlichen Trägers auf Fahrzeug) kann der Auftraggeber bzw. der / die verantwortliche Fahrer(in) des Einsatzfahrzeugs die Mitnahme dieser Person ablehnen.

- (3) Von der mitgenommenen Person muss zuvor eine Erklärung zur Schweigepflicht sowie eine Haftungsausschlusserklärung unterzeichnet und unaufgefordert dem / der verantwortlichen Fahrer(in) des Einsatzfahrzeuges übergeben werden.
- (4) Dritte, vom Aufgabenträger auf dem Rettungsmittel eingesetzte Personen (z.B. Auszubildende des rettungsdienstlichen Trägers) müssen von den NA mitgenommen werden.

§ 10 Dienstpläne, Ersatzgestellungen

- (1) Der Auftragnehmer übermittelt dem Aufgabenträger monatlich, spätestens am drittletzten Werktag [Mo-Fr] des Vormonats, den Dienstplan für die NA. Die Übermittlung erfolgt per E-Mail an aelrd@herne.de und leitstelle@herne.de.
- (2) Die eingesetzten NA können bei dringendem Bedarf den Notarztdienst tauschen oder sich vertreten lassen. In diesem Zusammenhang gelten ebenfalls die o. g. Voraussetzungen für die Teilnahme am Notarztdienst.
Änderungen des Dienstplans sind dem Aufgabenträger unverzüglich anzuzeigen (per E-Mail an aelrd@herne.de und leitstelle@herne.de).
- (3) Im Krankheitsfall stellt der Auftragnehmer unverzüglich (innerhalb von 60 Minuten) einen NA-Ersatz für den Notarztdienst. Ein Nicht-Erfüllen dieses Kriteriums wird mit einer Vertragsstrafe von 500 € pro angefangene 15 Minuten (ab der 61. Minute) geahndet (maximal 2500 € pro 12-Stunden-NA-Dienst).
- (4) Ein Ersatz für die Funktion Oberarzt / Oberärztin Rettungsdienst ist innerhalb von 4 Wochen zu stellen, sobald sich ein langwieriger Ausfall (> 4 Wochen, z.B. wegen Krankheit / Verletzung / Schwangerschaft / Mutterschutz / Elternzeit) abzeichnet. Ein Nicht-Erfüllen dieses Kriteriums wird mit einer Vertragsstrafe von 1000 € pro Tag (ab dem 29. Tag) geahndet

§ 11 Fortbildung, Qualitätssicherung

- (1) Die NA unterliegen einer lokalen Fortbildungspflicht. Im Rahmen des Rettungsdienstes der Stadt Herne sind die NA verpflichtet, jährlich an mindestens zwei von vier Fortbildungsveranstaltungen à drei Unterrichtseinheiten des Aufgabenträgers teilzunehmen. Bemessungsgrundlage ist das Kalenderjahr.
Kommt ein NA innerhalb eines Kalenderjahres der Verpflichtung zur Fortbildung nicht in dem genannten Umfang nach, so muss er an einer der nächsten Einführungsveranstaltungen des Aufgabenträgers erfolgreich teilnehmen, um im Anschluss weiterhin als NA eingesetzt werden zu können.
- (2) Jeder NA muss jährlich, spätestens bis zum 31. Januar des Folgejahres, mindestens 10 selbstständig (präklinisch oder innerklinisch) durchgeführte Atemwegssicherungen (mindestens 7 endotracheale Intubationen + mindestens 3 supraglottische Atemwegshilfen) unaufgefordert gegenüber dem Aufgabenträger nachweisen. Fehlt der Nachweis, wird der NA vom Notarztdienst ausgeschlossen.

- (3) Zur Sicherung der notfallmedizinischen Qualität müssen die NA regelmäßig am Notarzteinsatzdienst teilnehmen (mindestens 240 Dienst-Stunden innerhalb von 12 Monaten).

§ 12 Ausrüstung

- (1) Der Notarzteinsatzdienst darf nur mit einer geeigneten Sicherheitsausrüstung verrichtet werden (gemäß Anlage 2). Der Aufgabenträger stellt Schutzhelme und Einmal-Schutzhandschuhe zur Verfügung. Der Auftragnehmer beschafft und ersetzt Einsatzjacken mit Rücken-Klettschild „NOTARZT“ bzw. „NOTÄRZTIN“, Einsatzhosen und Sicherheitsschuhe nach Vorgaben des Aufgabenträgers.
- (2) Für die regelmäßige desinfizierende Wäsche der Einsatzjacken und der Einsatzhosen ist der Auftragnehmer verantwortlich.
- (3) Die Verwendung der vom Aufgabenträger gestellten Sicherheitsausrüstung außerhalb der Einsatzfähigkeit im Rettungsdienst der Stadt Herne ist nicht zulässig.

§ 13 Dokumentation

- (1) NA sind zur Dokumentation ihrer notärztlichen Einsatzfähigkeit nach Vorgaben des Aufgabenträgers verpflichtet.
- (2) Zur Nutzung einer elektronischen Einsatzdokumentation muss der Auftragnehmer seine NA in der Handhabung der mobilen Datenerfassung schulen. Zu diesem Zweck werden Mitarbeiter des Auftragnehmers als Multiplikatoren einmalig durch den Aufgabenträger geschult. Der Auftragnehmer ist verpflichtet sicherzustellen, dass alle von ihm zur Verfügung gestellten NA die elektronische Einsatzdokumentation verantwortlich und vollständig vornehmen.
- (3) Bei Störungen der elektronischen Einsatzdokumentation ist zunächst ein papiergebundenes Einsatzprotokoll zu erstellen und die elektronische Einsatzdokumentation unverzüglich nachzuholen.
- (4) Ein durch die Rettungsleitstelle des Aufgabenträgers angeordneter Folgeeinsatz hat Vorrang vor der Erstellung der Einsatzdokumentation. Die ausstehende Einsatzdokumentation ist in der Folge unverzüglich nachzuholen.
- (5) Nur vollständig dokumentierte Einsätze / vollständig ausgefüllte Einsatzprotokolle führen zu einer Vergütung der notärztlichen Leistung. Ein Nicht-Erfüllen dieses Kriteriums wird mit einer Vertragsstrafe von 250 € pro Protokoll geahndet.

§ 14 Unterstützung des Trägers und der ÄLRD

- (1) Der Auftragnehmer unterstützt den Träger und die ÄLRD bei der Überwachung der den NA nach dieser Vereinbarung obliegenden Pflichten. Anweisungen des Aufgabenträgers und der ÄLRD an die NA leitet der Auftragnehmer an diese weiter. Dafür benennt der Auftragnehmer eine(n) **Ärztliche[r] Leiter[in] Notarztstandort, (ÄLN)**. Zur Besetzung dieser Position ist neben der notärztlichen Qualifikation (Fachkunde Rettungsdienst bzw. Zusatzbezeichnung Notfallmedizin, Seminar Leitender Notarzt) die Anerkennung als Fachärztin / Facharzt in einem Fach mit engem Bezug zur Intensiv- und Notfallmedizin wesentliche Voraussetzung.

Bei der Auswahl und vor der Einsetzung der / des ÄLN ist die Zustimmung des Aufgabenträgers einzuholen.

- (2) Zusätzlich ist dem Aufgabenträger ein(e) **entscheidungsberechtigte(r) Vertreter(in) des Auftragnehmers** zu benennen, welche(r) jederzeit – auch nachts und am Wochenende – für den Aufgabenträger in organisatorischen Belangen des Einsatzdienstes (z. B. Organisation einer NA-Ersatzgestellung bei krankheits- / verletzungsbedingten oder sonstigen Ausfällen) telefonisch erreichbar ist.

§ 15 Einsatz weiterer Notärzte

- (1) Im Notarzt-Einsatzdienst kann der Aufgabenträger auch andere / eigene NA einsetzen. Im Regelfall erfolgt dieses zur Abdeckung von Bedarfsspitzen.
- (2) Nach Abstimmung mit dem Auftragnehmer ist auch der Einsatz von eigenem notärztlichen Personal des Aufgabenträgers im Regel-Notarzt-System nach § 1 dieser Vereinbarung möglich.
- (3) Der Aufgabenträger behält sich das Recht vor, andere Ärztinnen und Ärzte für den Notarztdienst zuzulassen.

§ 16 Sonderbedarfe

- (1) Gegenstand der Vereinbarung zu Los 2 ist der Sonderbedarf Cranger Kirmes. Deswegen Leistungsumfang ergibt sich aus dem Leistungsverzeichnis. Sollten sich Änderungen der notärztlichen Vorhaltung im „Sonderbedarf Cranger Kirmes“ ergeben, behält der Aufgabenträger sich das Recht vor, Leistungsumfang und Vergütung aus diesem Los entsprechend anzupassen.
- (2) Darüber hinaus kann aus jedem Los weiterer Sonderbedarf entstehen, der ebenfalls im Leistungsverzeichnis beschrieben ist.
- (3) Der Auftragnehmer erklärt seine Bereitschaft, in den vorgenannten Bedarfsfällen den Träger des Rettungsdienstes mit zusätzlichen notärztlichen Leistungen gegen gesonderte Vergütung zu unterstützen. Die entsprechende Vergütung des Sonderbedarfs ergibt sich aus dem Preisblatt im Angebot des Bieters (Umrechnung in Preis / notärztliche Einsatzstunde).

§ 17 Laufzeit, Kündigung

- (1) Diese Vereinbarung beginnt am 01.10.2026, 07:00 Uhr, und endet am 01.10.2031, 08:00 Uhr.
- (2) Die Parteien können diese Vereinbarung unter Beachtung einer Frist von 12 Monaten kündigen. Die Kündigung kann zum Ablauf eines jeden Kalendermonats erklärt werden.
- (3) Eine Kündigung aus wichtigem Grund kann von den Parteien nur unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten erklärt werden. Auch diese Kündigung kann zum Ablauf eines jeden Kalendermonats erklärt werden. Ein wichtiger Grund in diesem Sinne liegt vor, wenn eine der Parteien wiederholt die ihr nach dieser Vereinbarung oblie-

genden Pflichten verletzt oder die in § 1 Absatz 2 genannte Vergütungsvereinbarung nicht mehr wirksam ist.

- (4) Eine außerordentliche Kündigung ohne Beachtung einer Kündigungsfrist ist dem Aufgabenträger nur möglich, wenn der Auftragnehmer weniger als die nach § 1 dieser Vereinbarung geschuldete Anzahl an Notärztinnen und Notärzten bereitstellt oder wenn die bereitgestellten Notärztinnen und Notärzte nicht die vertraglich geschuldete Qualifikation und Eignung aufweisen.
- (5) Der Auftragnehmer kann die außerordentliche Kündigung ohne Beachtung einer Kündigungsfrist nur erklären, wenn der Aufgabenträger mit der Leistung der nach § 1 Absatz 2 dieser Vereinbarung gesondert zu vereinbarenden Vergütung für 6 Monate im Verzug ist.
- (6) Bei Veränderung des Arbeitsrechts oder anderer diese Vereinbarung betreffende Rechtsvorschriften sowie bei Veränderung der Organisation (z. B. überörtliche Leitstelle) oder des Rettungsdienstbedarfsplans ist die Vereinbarung soweit erforderlich anzupassen. Dabei ist der ursprüngliche Wille der Vertragsparteien zu berücksichtigen. Ist eine Anpassung nicht möglich, kann die Vereinbarung von jeder Partei mit einer Frist von 6 Monaten zum Ablauf eines jeden Kalendermonats gekündigt werden.

§ 18 Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien

- (1) Die Stadt Herne fördert Vielfalt und Gleichstellung. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Ausführung der Leistungen die Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aktiv zu fördern.
- (2) Der Bieter verpflichtet sich mit Auftragsübernahme dem Auftraggeber ein Personalentwicklungskonzept für das eingesetzte Einsatzpersonal vorzulegen und Maßnahmen zur Förderung der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu beschreiben.
- (3) Der Bieter verpflichtet sich ein schlüssiges und detailliertes Konzept zur Sicherung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, sowie eine verlässliche Dienstplangestaltung für das einzusetzende Personal bei Auftragserteilung vorzulegen. Das Konzept muss insbesondere Angaben zum Ausfallmanagement und zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement enthalten.

§ 19 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen und / oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.
- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist Herne.
- (3) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. Dies gilt nicht, wenn die Unwirksamkeit den § 1 betrifft.
Eine unwirksame Bestimmung ist durch eine andere rechtsgültige Vereinbarung zu ersetzen, die dem Willen der Parteien so nah wie möglich kommt.

Für den Aufgabenträger:

In Vertretung
Herne, den _____

(Dezernent)

Für den Auftragnehmer:

Herne, den _____

(Auftragnehmer)